

# Neue Stromtrasse wird Thema für die Parteichefs

## Bayerns „Energiedialog“ endet wie erwartet mit der Absage an den Bau einer neuen Windstromleitung

ami. BERLIN, 2. Februar. Nach monatelangen Debatten hat die CSU den sogenannten „Energiedialog“ über die Notwendigkeit des Baus neuer Stromtrassen nach Bayern beendet. Wirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) stellte am Montag in München das lange erwartete Ergebnis vor. Im Kern hatte sie drei Botschaften: Eine von zwei das Land Bayern betreffende Trassen sei für die sichere Versorgung nicht nötig, der Umfang des Netzausbaus werde durch die Wirtschaftlichkeit anderer Erzeugungsanlagen wie Gaskraftwerke bestimmt, und entschieden werde auf Bundesebene: „Der Ministerpräsident wird darüber mit den Parteivorsitzenden von CDU und SPD, Kanzlerin Angela Merkel und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, verhandeln.“

Damit hat Aigner, die sich zuletzt mit Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) über das Thema gezankt hatte, den Ball dorthin zurückgespielt, wo er herkam: aus der Münchener Staatskanzlei. Es war Seehofer selbst gewesen, der das von seiner Regierung im Bundesrat mitbeschlossene Trassenprojekt „Südostleitung“ von Sachsen-Anhalt über Thüringen nach Bayern in Frage gestellt hatte, als Bürger dagegen protestierten. In der Folge hat-

ten sich viele Landkreise auch gegen das zweite Leitungsprojekt namens „Südlink“ gestellt, das zumindest Aigner nun offenbar für unabdingbar hält.

In Kreisen der Politik und der Strombranche wurde mit einer gewissen Erleichterung vernommen, dass in München nicht gleich alle Leitungen zur Disposition gestellt worden seien. Doch ist das weniger ein Zugeständnis an die fachlichen Ergebnisse des bayerischen „Energiedialogs“ als an die pure politische Durchsetzungskraft der das Land regierenden CSU, die mit CDU und SPD die Berliner Regierungskoalition bildet.

Mit dem Ergebnis negiert die Bayerische Staatsregierung die Berechnungen den Netzbetreiber wie auch die der zuständigen Bundesnetzagentur. Die wollen die Netze stärken, damit der subventionierte Windstrom aus dem Norden in die Verbrauchszentren des Südens fließen kann. Aigner dreht den Spieß nun um. Statt neuer Leitungen will sie Subventionen für den Betrieb von Gaskraftwerken vor Ort in Bayern. „Wir brauchen vom Bund noch in diesem Jahr klare Zusagen.“ Davon hänge die Entscheidung ab, ob und in welchem Ausmaß neue Stromleitungen in Bayern nötig würden.

Allerdings dürfe es „für Bayerns Bür-

ger und vor allem für die Wirtschaft zu keinen Strompreissteigerungen kommen“, teilte ihr Haus mit. Das klingt so, als ob Bayern die zusätzlichen Kosten des Betriebs unrentabler Gaskraftwerke für seine Versorgung auf die übrigen 15 Bundesländer umlegen wollte.

Mit dem „unkontrollierten Zubau der Windkraft“ jedenfalls müsse jetzt „Schluss sein“, sagte Aigner. Windstrom wird vor allem im Norddeutschland produziert. Bayern, das jedes Jahr über eine Milliarde Euro mehr Ökostromsubventionen für die dort verbreiteten Solardachanlagen bezieht, als seine Stromkunden an EEG-Umlage bezahlen, will jedoch an seinen Ausbauzielen festhalten. Auch müsse die Kraft-Wärme-Kopplung mehr gefördert werden.

Das Bundeswirtschaftsministerium will die Ergebnisse prüfen. Klar sei, „dass wir deutliche Fortschritte beim Netzausbau brauchen, um den vor allem im Norden und Osten produzierten Windstrom zu den Verbrauchsschwerpunkten im Süden zu transportieren.“ Die für die auf der Kippe stehende Südostleitung zuständigen Netzbetreiber Amprion und 50Hertz erklärten, nun sei die Bundesnetzagentur am Zug.